

Frühjahr 2016

Die Zeitung der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf



[www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](http://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)

## Unsere Stadt muss wieder funktionieren!

Es wird viel darüber geschrieben, es werden Statistiken erstellt und wieder korrigiert, sogenannte Masterpläne erarbeitet und inzwischen ist allen bekannt: Berlin und auch unser Bezirk wachsen! Das ist eine gute Nachricht, wenn man sich an die Zeit erinnert, wo massiver Wohnungsleerstand Alltag war und alte Schul- und Kita-Gebäude neuen Grünanlagen und Discountern weichen mussten.

Doch ganz überraschend kommt diese Entwicklung dann doch nicht. Bereits 2011 deutete sich an, dass mehr Menschen als bisher angenommen ihren Lebensmittelpunkt in Berlin suchen und mehr Kinder geboren werden. Und wie reagierte die SPD-CDU-Koalition im Senat und auch im Marzahn-Hellersdorfer Rathaus darauf? Gar nicht! Statt mit der Planung dringend notwendiger Investitionen in den raschen Neubau von Schulen zu beginnen und die Verwaltung wenigstens auf dem damaligen Niveau personell zu stabilisieren, verordneten die beiden Parteien unserer Stadt eine weitere Runde eines massiven Personalabbaus. Allein Marzahn-Hellersdorf soll nach dem weiterhin geltenden Personalabbauplan aus dem Jahr 2012 bis zum Ende 2016 175 Stellen in der öffentlichen Verwaltung gestrichen haben. Alle bisher staatlichen Jugendklubs mussten privatisiert werden, das Bürgeramt in Mahlsdorf wurde geschlossen und die Verwaltung an den Rand der Handlungsunfähigkeit gebracht. Weiter geplant ist von Seiten der SPD-CDU-Mehrheit im Bezirk, die Tätigkeit des Grünflächenamtes an private Firmen abzugeben und den Vereinen die Pflege ihrer Sportanlagen überzuheften.

Immer wieder hört man nun von einem angeblichen Umdenken im Senat. Neue



Bjoern Tielebein, Vorsitzender der Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf, bei der Einweihung eines Plakates. Mit dem Slogan „Bürgerämter statt Warteämter“ macht die Linksfraktion auf die schlechte Personalausstattung aufmerksam.

Stellen sollen den Bezirken zu Gute kommen. Doch dass es sich hierbei nur um den bekannten Tropfen auf einen sehr heißen Stein handelt, zeigt die Situation im Hochbauamt. Das personell völlig unterbesetzte Amt kann die große Anzahl an Aufträgen kaum bewältigen. So entgehen dem Bezirk Millionen zusätzlicher Fördergelder nur, weil diese nicht schnell genug verplant und verbaut werden können. Die Toilettenanierung der Wolfgang-Amadeus-Mozart-Schule in Hellersdorf kann beispielsweise in diesem Jahr trotz vorhandener Gelder nicht durchgeführt werden, weil die notwendigen Planungen nicht rechtzeitig fertig sind. Schön für den Finanzstadtrat, der dieses Geld anders ausgeben oder

gänzlich sparen kann, schlecht für die Schüler\*innen und Lehrer\*innen, die weiterhin die unsanierten Toiletten ertragen müssen.

Diese Probleme sind hausgemacht und haben auch nichts mit dem großen Zuzug geflüchteter Menschen zu tun. Dass wesentlich mehr Investitionen und Personal für Bildung und Jugend, Grünflächen und Verkehr, Bürgerämter und soziale Angebote in den Stadtteilen gebraucht werden, ist den Regierungsparteien seit Langem bekannt. Allein der politische Wille zum Handeln fehlt.

Unsere Stadt muss wieder funktionieren. Dafür braucht es einen sofortigen Stopp des Personalabbaus im Land Berlin, neue

Stellen in allen bürgernahen Verwaltungen, mehr Investitionen in den Neubau von Schulen, Kitas und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie eine Abkehr von der Privatisierungslogik landeseigener Grundstücke und Gebäude.

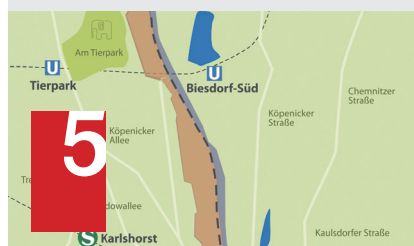
Die Linksfraktion hat sich in den vergangenen fünf Jahren dafür stark gemacht und den Finger in die Wunden gelegt, die die Berliner Regierungsparteien lieber verschweigen. Wir haben konkrete Vorschläge für eine wachsende Stadt und einen wachsenden Bezirk unterbreitet – für ein sozial gerechtes Marzahn-Hellersdorf für alle Bürgerinnen und Bürger.

BJOERN TIELEBEIN  
Fraktionsvorsitzender

Achard-Schule: Eltern stoppen Abrissbirne



TVO und Ortsumfahrung Ahrensfelder zusammen denken



Runder Tisch Helle Mitte: CDU-Stadtrat bremst Bürgerbeteiligung aus



Ahrensfelder Berge müssen weiterhin öffentlich zugänglich bleiben



# Soziale Gerechtigkeit für Marzahn-Hellersdorf

DIE LINKE stellt in Marzahn-Hellersdorf zwei Stadträtinnen: Dagmar Pohle – stellvertretende Bezirksbürgermeisterin und Stadträtin für Gesundheit und Soziales – und Juliane Witt – Stadträtin für Jugend, Familie, Weiterbildung und Kultur. Im Gespräch mit Uli Clauder standen sie zu kommunalpolitischen Themen Rede und Antwort.

**Welchen haltet ihr persönlich für den größten politischen Erfolg in Eurem Bereich in der Wahlperiode 2011-2016?**

**Pohle:** Seit vielen Jahren ging es immer wieder um den Erhalt des Krankenhauses Kaulsdorf und seine Entwicklung als wichtiger Versorgungsstandort für unseren Bezirk. Mit dem Neubau für die Psychiatrie am Standort Kaulsdorf ist es gelungen, die somatische und die psychiatrische Versorgung an einem Ort zusammenzubringen. Die Betreuungs- und die Arbeitssituation konnte so verbessert werden. Bei Vivantes und auf Landesebene denkt heute niemand mehr an die Schließung des Standortes.

Das Gesundheitsamt hat in dieser Legislaturperiode einen neuen Standort in der Janusz-Korczak-Straße bezogen, weil eine Sanierung des alten Hauses der Gesundheit finanziell nicht zu stemmen war. Damit haben sich die Arbeitsbedingungen deutlich verbessert. Und obwohl SPD und CDU den Personalabbau im Bezirksamt forciert haben, ist es mir gelungen, im Amt für Soziales dringend benötigte neue Stellen zu bekommen. Das sichert vor allem das Fallmanagement in der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

**Witt:** Das Schloss Biesdorf wurde in der Vision von Dr. Günter Peters wiederhergestellt. In täglicher Kleinarbeit galt es, Fördermittel für das Schloss zu akquirieren, um es zu einem vorzeigbaren touristischen Kleinod im Bezirk zu machen.

Zugleich gab es neue Aufgaben im Jugendbereich. Trotz der von SPD und CDU erzwungenen Übertragung aller Jugendclubs in freie Trägerschaft, ist es gelungen, für fast alle 46 Kolleginnen und Kollegen neue Stellen zu finden. Die jungen Teams in den Jugendclubs können das Wissen der Erfahrenen in Einrichtungen wie Nische, Fair oder Balzerplatz nutzen.

**Ihr tretet beide zur Wiederwahl an. Welches Projekt für 2016-2021 liegt Euch besonders am Herzen?**

**Witt:** Wir brauchen weiter Kitaplätze, wohnortnah und in guter Qualität, und gut ausgebildete Fachkräfte. Dafür will ich mich auch nach den Wahlen weiter einsetzen.

Im Bereich Kultur haben wir schon Einiges erreicht und junge Künstlerinnen und Künstler aus ganz Europa in den Bezirk

geholt. Sogar der Karneval der Kulturen ist mittlerweile in unserem Bezirk beheimatet. Mir ist wichtig, dass die einzelnen Kulturstandorte das Gemeinsame im Bezirk sehen und sich nicht vordergründig kritisch beäugen. Frischer Wind durch junge Akteure, die bekanntlich nicht nur von Staatsknete leben, ist dafür hilfreich.

**Pohle:** Wir brauchen eine soziale Stadtentwicklung, die das weitere Auseinanderdriften der Stadtteile verhindert, die mit dem Wohnungsneubau im Bezirk auch Einrichtungen der sozialen Infrastruktur schafft und ihre Finanzierung und personelle Ausstattung sichert. Ein wichtiges Thema wird der demografische Wandel und seine Gestaltung sein. Dafür brauchen wir eine gut funktionierende Verwaltung.



**Dagmar Pohle**  
\*1953 in Allstädt/Helme

- Nach dem Abitur Studium an der Karl-Marx-Universität in Leipzig; Abschluss als Diplomphilosophin
- Seit 40 Jahren glücklich verheiratet, zwei Söhne
- Seit 1978 in Marzahn entlang der Allee der Kosmonauten wohnend und arbeitend

**Populistische Parteien punkten bei vielen Wählerinnen und Wählern angesichts der Herausforderungen, die es bei der Unterbringung von Geflüchteten gibt. Wie kann DIE LINKE vor Ort gegensteuern?**

**Witt:** Das Staatsversagen, was viele Bürger jetzt empfinden, die Ohnmacht der Eliten und die Zunahme von Reich und Arm gibt es ja tatsächlich. Als Stadträtinnen und Bezirksamt stehen wir vielen Entscheidungen – vom Datenschutz bis zur Bürokratie für Unternehmen, von Hartz IV bis zur ungeklärten Frage, wie die Infrastruktur für Flüchtlinge gestaltet werden soll – kritisch gegenüber. Allerdings

können wir uns nicht lange bei der Kritik aufhalten. Es gilt, genau diese Defizite in ihrer Wirkung zu dämpfen, und die Probleme auch auf lokaler Ebene einer Lösung zuzuführen. Im Gegensatz zu den populistischen Parteien bieten wir konkrete Lösungen an.

**Pohle:** Dem ist nichts hinzuzufügen!

**Sozial Benachteiligte und sogenannte Leistungsträger werden mehr denn je gegeneinander ausgespielt. Die Spaltung der deutschen Gesellschaft in Arm und Reich setzt sich fort. Was kann DIE LINKE in Marzahn-Hellersdorf in dieser Situation anbieten?**

**Witt:** Arm und Reich, Mahlsdorf und Marzahn – die Kluft nimmt zu und zeigt



**Juliane Witt**  
\*1962 in Dresden

- Nach dem Abitur Studium der Kulturwissenschaften und Kunstgeschichte in Leipzig
- Wohnte mit ihrem Partner Prof. Dieter Rink, heute Stadtsoziologe in Leipzig, in einem besetzten Haus
- Diplomarbeit zu „Spielraumgestaltung zwischen Kreativitätsangebot und Stadtplanung“, Abschluss mit Auszeichnung als Diplomkulturwissenschaftlerin
- Mitglied im Bezirksvorstand der LINKEN Marzahn-Hellersdorf

sich beim ungleichen Zugang zu Bildung und Sprache, zu Kultur und Demokratie sowie in der Mobilität und dem Zugang zu Berufschancen. Wenn in Marzahn-Nord 64 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von Transferleistungen leben und in Mahlsdorf 4 Prozent, dann ist das ein krasser Gegensatz. Es ist bisher nicht gelungen, eine soziale Durchmischung zu erreichen. Die soziale Lage verstetigt sich eher noch.

**Pohle:** Die Beschreibung ist zutreffend, aber genau das dürfen wir nicht hinnehmen. Ich finde es durchaus angemessen, gegen die Kapitallogik zu arbeiten und zumindest kommunal für Solidarität und gleichen Zugang zu öffentlichen Gütern zu streiten und zu arbeiten. Dafür steht die Politik der LINKEN in Marzahn-Hellersdorf.

**Schuldentilgung und immer weniger Geld für einen „bürokratischen Moloch“ – das fanden viele erst einmal gut. Jetzt stehen wir vor vernachlässigten Schulen oder warten auf Termine in Bürgerämtern. Wie soll es weitergehen mit der Berliner Verwaltung?**

**Witt:** Schon 2011 war die Berliner Verwaltung in einer Situation, in der der Personalabbau falsch war. Absehbar war, dass der Rückbau, die Schrumpfung der Metropole nach der Entindustrialisierung von Ost- und Westberlin ein Ende haben wird. Wenn SPD und CDU ihrer eigenen Vision einer dynamischen Metropole getraut hätten, hätten sie auf Zukunft und Aufbau gesetzt und nicht allein in unserem Bezirk 175 Stellen abgebaut. Wie kann man eine wachsende Stadt wollen, und gleichzeitig eine überalterte Verwaltung noch mehr in den Ruin treiben? Das habe ich schon 2011 nicht verstanden. Klar war sofort: Jetzt werden noch weniger Bauanträge erteilt, noch weniger Leistungen erbracht und die Beschwerden werden sich häufen. Deren Beantwortung raubt Kraft und noch weniger Personal steht zur Lösung der eigentlichen Aufgaben zur Verfügung.

**Pohle:** Personalentwicklung, Ausbildung für die eigene Verwaltung und berufliche Perspektiven für junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen in den Mittelpunkt gestellt werden. Das Personalkonzept, das DIE LINKE in der Opposition erarbeitet hat, muss umgehend und ohne Abstriche umgesetzt werden. Außerdem brauchen wir eine andere Haushaltspolitik, die den Bezirken die Chance gibt, eigene politische Handlungsschwerpunkte zu setzen.

**Soziale Gerechtigkeit ist auch auf Plakaten von SPD, CDU und Bündnisgrünen Thema. Was zeichnet speziell DIE LINKE aus?**

**Pohle:** DIE LINKE steht für ein solidarisches Miteinander ohne Ausgrenzung!

**Witt:** Soziale Gerechtigkeit heißt für mich eigentlich weniger der Ruf nach dem Staat. DIE LINKE muss dieses Thema in die Gesellschaft tragen, denn ohne die Akzeptanz dieser Zielsetzung laufen alle anderen Maßnahmen ins Leere.

# Achard-Schule: Eltern stoppen Abrissbirne

An der Franz-Carl-Achard-Schule tut sich was: Die wenige Tage nach Beginn des Schuljahres 2015/2016 vom Bauamt aus Sicherheitsgründen geschlossene Schule wird instand gesetzt, sodass

sie spätestens nach den Sommerferien 2016 wiedereröffnet werden kann. Der Abriss ist vom Tisch, die unzumutbare Auswechlösung mit Bustransfer nach Marzahn-Nord findet bald ihr Ende.



Doch was war nötig, um diese Instandsetzung durchzusetzen? Unmittelbar nach der Schließung hatte sich der Bezirksbürgermeister und Schulstadtrat Stefan Komoß (SPD) bereits auf den Abriss des Schulgebäudes festgelegt. Bereits Anfang September 2015 versicherte er der Senatsfinanzverwaltung per E-Mail, dass der Abriss im Januar 2016 beginnen könne und das Grundstück im Frühjahr geräumt wäre. Da lag noch nicht einmal dem ganzen Bezirksamt das Gutachten zu Kosten- und Realisierungsvarianten für die Schule vor, geschweige denn der Bezirksverordnetenversammlung. Im Bezirksamt wurde niemals eine Beschlussvorlage zum Abriss eingebracht. Der Bezirksbürgermeister handelte hier eigenmächtig. Erst auf Antrag der Linksfraktion wurde ein Gutachten der BVV zur Verfügung gestellt. Darin fand sich dann kein Beleg dafür, dass nur die vom Bezirksbürgermeister zu diesem Zeitpunkt bereits in die Wege geleitete Variante (Abriss und Errichtung eines Modulare Ergänzungsbaus) als einzige realisierbar sei.

Inzwischen waren die Abrissarbeiten ausgeschrieben und das Mobiliar aus dem Gebäude entfernt worden. Frühzeitig hat sich die Linksfraktion durchgängig dafür eingesetzt, sowohl das Schulgebäude zu erhalten, als auch die Beschulung der Kinder während der Schließung der Achard-Schule in deren unmittelbarer Nähe abzusichern. Unsere Anträge dazu wurden alle von der Zahlgemeinschaft aus SPD, CDU und Bündnisgrünen zurückgewiesen.

Glücklicherweise gibt es engagierte Menschen vor Ort, die die Initiative „Sei keine Birne!“ gründeten. Über 6000 Einwohner\*innen haben für den Erhalt des Gebäudes unterschrieben und einen Einwohnerantrag eingereicht, der im Februar von der BVV auch einstimmig angenommen wurde. Ohne dieses überwältigende Engagement wäre die Franz-Carl-Achard-Schule bereits abgerissen. Ob der Plan des Bürgermeisters für den Modulare Ergänzungsbau (MEB) aufgegangen wäre, erscheint im Rückblick äußerst fraglich.

Es bleibt das Fazit: Politisches Engagement lohnt sich! Die Linksfraktion hat von Anfang an die Bürgerinitiative unterstützt und somit zu deren Erfolg und dem Erhalt der Franz-Carl-Achard-Schule beigetragen. Wir werden uns auch in Zukunft für Lösungen starkmachen, die ohne Abrissbirnen auskommen.

SARAH FINGAROW  
Bildungspolitische Sprecherin  
OLAF MICHAEL OSTERTAG  
Kulturpolitischer Sprecher

## Aufklärung eingefordert

Die Linksfraktion konnte sich in der BVV mit einem Antrag zur Durchführung von Sondersitzungen des Schulausschusses zur Aufklärung der Entwicklungen um die Achard-Schule durchsetzen. Außerdem muss das Bezirksamt einen Untersuchungsbericht erarbeiten, der Licht in das Chaos bringen soll. Dieser soll zur ersten Sondersitzung des Schulausschusses im Mai vorliegen.

## Kinder, Kita, auf die Plätze!

Für viele junge Mütter ist das Thema „Wo finde ich einen Kitaplatz?“ so dominant, dass es die Geburt und die ersten Monate überschattet. In meinen Gesprächen und Briefen versuche ich den jungen Müttern diese Sorge zu nehmen. Schließlich sollen sie sich voll auf dieses einmalige Erlebnis konzentrieren können. Viele neue Einrichtungen sind geschaffen worden und die Kita-Offensive der Träger ist sichtbar im Bezirk.

Die Losung der letzten 5 Jahre hieß: Neubau oder Erweiterung von Kitas und Umbau von Gewerberäumen. Waren es 2010 noch über 60 Einrichtungen, sind es inzwischen 100 Kitas, die betreut werden – ohne dass das Personal im Jugendamt aufgestockt wurde. In allen Gebieten ist der Bedarf aber nach wie vor hoch. Alle Träger schauen, wie sie die Einrichtungen auslasten können und auch gebaut wird weiter. Lange Jahre lagen Flächen in Mahlsdorf beim Liegenschaftsfonds

und der Verkauf stagnierte – zum Ärger von Trägern und Eltern. Seit Dezember ist nun klar: Auch im Siedlungsgebiet entstehen in der Giesestraße, der Bütower Straße und der Pilgramer Straße neue Plätze und auch am Standort Stralsunder Straße wird bald ein Bauträger und Betreiber gefunden sein. Bund und Land werden mittels Förderprogrammen fünf Maßnahmen unterstützen. Dazu gehört auch der Standort Rapsweißlingstraße in Biesdorf. Noch in diesem Herbst soll die Kita starten.

Und was tut die Kommune? Der Berliner Eigenbetrieb Kindergärten NordOst stellt sich der Verantwortung. Ab August 2016 werden fünfzig neue Plätze in den bestehenden Einrichtungen geschaffen. Die Kita in der Ulmenschule ist inzwischen wieder in den modernen Bau zurückgekehrt und für einen Neubau in der Louis-Lewin-Straße werden Fördermittel beantragt. Fehlt nur noch: Personal! Die

aktuellen Absichtserklärungen der SPD-CDU-Senatskoalition, die Pädagog\*innen ab 2018 zu entlasten, erzeugen bei Fachleuten und Kitapersonal ein fassungsloses Kopfschütteln. Wir brauchen jetzt eine deutliche Verbesserung. Was nützt die für 2018 beschlossene Kostenfrei-

heit, wenn wir nicht genügend Personal haben? In diesem Sinne werde ich mich weiter für mehr und qualitativ hochwertige Plätze für Kinder einsetzen!

JULIANE WITT  
Bezirksstadträtin für Jugend und Familie, Weiterbildung und Kultur



Bezirksstadträtin Juliane Witt bei einer Veranstaltung in der Jugendfreizeiteinrichtung Treibhaus im Gespräch mit jungen Besucherinnen

# Mehr Personal für Bürgerämter!

Unsere Hauptstadt Berlin ist eine wachsende Stadt. Seit Mitte der 2000er Jahre verzeichnet Berlin einen immer dynamischeren Zuwachs an Einwohner\*innen. In der Prognose des Landes Berlin wächst die Bevölkerung Berlins bis 2030 um über 250.000 Menschen. Diese Entwicklung macht auch um unseren Bezirk keinen Bogen. Hier werden bis zum Jahre 2030 etwa 22.000 Menschen mehr wohnen – fast ein neuer Stadtteil.

Eine solche Entwicklung bedeutet auch mehr Arbeit für die bezirkliche Verwaltung. Die bürgernahen Dienste in den Bürgerämtern und den öffentlichen Institutionen der Bezirksverwaltung sind den veränderten Bedingungen anzupassen. Das gilt sowohl für die Großsiedlungen in Marzahn und in Hellersdorf als auch in den Siedlungsgebieten in Biesdorf, Friedrichsfelde Ost, Kaulsdorf und Mahlsdorf. Anstatt sich hier den aktuellen Entwicklungen in den Bezirken anzupassen, beharrt der SPD-CDU-Senat auf einem Personalabbaukonzept, bei dem Marzahn-Hellersdorf 175 Stellen bis zum Jahre 2020 abbauen soll.

Der bisherige Personalabbau führte zu längeren Bearbeitungszeiten von Anträgen an die Bezirksverwaltung. Von SPD-Stadtrat Richter wurde dies gar zur Begründung der Schließung des Bürgeramtes in Mahlsdorf herangezogen. Aufgrund der angespannten Situation könnte er sich sogar vorstellen, nur noch ein Bürgeramt im Bezirk zu belassen. Als die Linksfraktion deshalb im Februar 2016 einen Antrag einbrachte, um vom Bezirksamt ein Konzept zur Weiterführung der Bürgerämter zu erhalten, lehnten die Bündnisgrünen, die SPD und die CDU dessen Beschluss ab. Vor den Wahlen will man hierzu die Karten nicht auf den Tisch legen. Ende 2015 erhielt der Bezirk fünf neue Stellen für die Bürgerämter. Dafür müssen nun neue Arbeitsplätze geschaffen werden, wofür beispielsweise im Bürgeramt Helle Mitte der Platz nicht ausreicht.

Für DIE LINKE steht fest: Der Abbau von Stellen ist konsequent zu beenden und die Personalausstattung an die „wachsende Stadt“ anzupassen. Wir sehen im Erhalt der bestehenden Bürgerämter in der Marzahner Promenade,

am Elsterwerdaer Platz und in der Hellen Mitte sowie der Schaffung von mobilen Diensten – insbesondere in den Siedlungsgebieten – eine entscheidende Voraussetzung für eine gute, bürgernahe Infrastruktur. Dazu gehört auch

der Ausbau des „Online-Bürgeramtes“, wo bereits heute viele Dienstleistungen der bezirklichen Verwaltung bequem von zu Hause abgewickelt werden können.

KLAUS-JÜRGEN DAHLER  
Verwaltungspolitischer Sprecher



Das Bürgeramt in der Marzahner Promenade ist einer von nur drei Standorten im Bezirk Marzahn-Hellersdorf.

## Marzahn-Hellersdorf im demografischen Wandel

Die Veränderung der Berliner Bevölkerungsstruktur macht auch vor unserem Bezirk Marzahn-Hellersdorf nicht halt. Hier leben gegenwärtig 257.000 Menschen. In Marzahn-Hellersdorf soll die Bevölkerung bis in das Jahr 2030 um 8,7 Prozent steigen. Auch der Anteil älterer Menschen – der über 65-jährigen – an der Bevölkerung steigt. Waren im Jahre 2007 noch 37.423 Einwohner\*innen über 65 Jahre alt, so werden für das Jahr 2030 71.814 über 65-jährige Einwohner\*innen erwartet. Darauf muss sich der Bezirk vorbereiten.

Was sind die Bedürfnisse älterer Menschen? Die meist genannten Antworten sind bezahlbarer und seniorengerechter Wohnraum – so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden in gewohnter Umgebung und danach in Form des betreuten Wohnens. Es besteht der Wunsch nach Mobilität, der Pflege bestehender sozialer Kontakte, attraktiven Freizeitangeboten und wohnortnaher, ganzheitlicher gesundheitlicher Versorgung. Man möchte in Würde altern. Hinzu kommt die wachsende Altersarmut. Die Anzahl der Rentnerinnen und Rentner, die auf Grundsicherung im Alter angewiesen sind, wird steigen. Um uns diesen Herausforderungen zu stellen, brauchen wir perspektivisch für unseren Bezirk ausreichend bezahlbaren, seniorengerechten

Wohnraum und bezahlbare Angebote für ein gemeinschaftliches, generationsübergreifendes betreutes Wohnen. Dass diese soziale Schieflage deutlich wurde, ist der Studie, in Auftrag gegeben durch die LINKE-Stadträtin für Gesundheit und Soziales Dagmar Pohle, zu verdanken.

Vom Land Berlin brauchen wir verbindliche Regelungen zur Schaffung von seniorengerechten Begegnungsstätten, die auch unter dem Aspekt Solidarität der Generationen, ausreichend Angebote in den Kiezen bereithalten. Zugleich sollten

wir uns für den Ausbau der Netzwerke „Netzwerk im Alter“ und „Netzwerk zur Pflege“ starkmachen und sozialraumorientierte Angebote schaffen. Der Gesundheitsstandort Marzahn-Hellersdorf und die fachärztliche Versorgung müssen noch weiter ausgebaut werden, um den steigenden Bedürfnissen der älteren Bevölkerung künftig gerecht werden zu können. Wir müssen handeln, denn der Wandel vollzieht sich bereits jetzt!

ZOE DAHLER  
Sozialpolitische Sprecherin

## Das Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf braucht Social Media!

Die intensive Nutzung sozialer Medien im Internet hat die Anforderungen an die Arbeit der Verwaltung grundsätzlich verändert. Immer mehr Menschen nutzen soziale Medien wie Facebook und Twitter und erwarten mittlerweile, dass auch Behörden diese Kanäle nutzen, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt zu treten und über diesen Weg Bürgeranfragen zu beantworten. Warum E-Mails schreiben oder telefonieren, wenn es auch über andere Kanäle gehen könnte, die für einen großen Teil der Bevölkerung bequemer, schneller und weniger formal sind? Die Linksfraktion setzt sich deswegen dafür ein, dass das Bezirksamt künftig verstärkt soziale Medien nutzt, um den Bürgerservice schneller, unbürokratischer und direkter zu machen. Unser Antrag dazu wurde in der BVV beschlossen. Doch zur Umsetzung braucht der Bezirk auch die notwendigen personellen Voraussetzungen. Der von SPD und CDU verordnete Stellenabbau in den Bezirken muss daher dringend beendet werden. Beide Parteien haben es in den letzten Jahren nicht verstanden, den steigenden Anforderungen an eine gute Verwaltung, die für die Bürgerinnen und Bürger da ist, gerecht zu werden.

KRISTIAN RONNEBURG



Unsere Marzahn-Hellersdorfer Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau und die Vorsitzende der Seniorenvertretung Regina Saeger beim Gesundheitsfest 2014

# TVO und Ortsumfahrung Ahrensfelde zusammen denken

Die Diskussion über die TVO ist in eine entscheidende Phase getreten. In zwei Bürger\*innenversammlungen wurde der derzeitige Planungsstand durch die zuständige Senatsverwaltung vorgestellt, zuletzt im Januar vor 600 interessierten Anwohner\*innen im FEZ Wuhlheide.

Was innerhalb eines Jahres untersucht wurde, angefangen vom Verkehrsaufkommen, über mehrere mögliche Korridore, dem Naturschutz etc., mündet nun in einer vertieften Untersuchung einer West- und Ostvariante.

Jetzt ist mit nachvollziehbaren Kriterien das eingetreten, was Initiativen, Betroffene, der Verband deutscher Grundstücksnutzer (VdGN) und die Bezirksverordnetenversammlung schon vorher gesehen haben: Die TVO ist notwendig, sie soll in jeder Richtung zweiseitig sein und der Trassenverlauf dem Bahndamm folgen. Die entscheidende Frage wird sein, auf welcher Seite.

Hier kommt die verschwenkte Trassenführung wieder ins Spiel, auf die sich die drei betroffenen Bezirke bereits geeinigt hatten. Auf Antrag der Linksfraktion hatte sich auch die BVV Marzahn-Hellersdorf dafür ausgesprochen. Vor dieser Untersuchung gab es eine klare Stellungnahme der zuständigen SPD-geführten Senatsverwaltung: Entweder die Osttrasse oder keine TVO. Das ist jetzt vom Tisch. Nun ist abzuwarten, zu welchem Vorschlag die vertiefende Untersuchung führt.

Die Ergebnisse der vertieften Untersuchung werden erneut in einer Einwohner\*innenversammlung vorgestellt. Ist die Trassenführung geklärt, kann das Planfeststellungsverfahren – voraussichtlich 2017 – begonnen werden. Erst dann greifen die gesetzlich vor-

geschriebenen Rechte der Mit- und Einwirkung auf das Verfahren. Es ist nicht zuletzt ein Verdienst der Linksfraktion, dass schon zum jetzigen Zeitpunkt die Einbeziehung der Betroffenen in die Planungsvorbereitungen erfolgt.

Die Linksfraktion setzt sich für die zeitnahe Planung und den Bau einer sogenannten Schienen-TVO (öffentlicher Nahverkehr) parallel zur Straßenverbindung ein. Diese aus ökologischen und verkehrspolnerischen Gründen sinnvolle Forderung wird bislang vom Senat abgelehnt.

Mit dem Bau der TVO ist zugleich ein wirkungsvoller Lärmschutz für alle Anwohnerinnen und Anwohner umzusetzen. Das gilt neben Biesdorf-Süd auch für die Umsetzung von Lärmschutzmaßnahmen für die Anwohnerinnen und Anwohner der Märkischen Allee sowie der Bahntrasse des Berliner Außenringes im Bereich Springpfuhl.

Zusammen mit der TVO muss auch die Ortsumfahrung Ahrensfelde kommen, denn dort mündet bzw. beginnt der Verkehr, den die TVO aufnimmt bzw. abgibt. Im Gegensatz zur TVO gibt es für die Ortsumfahrung bereits ein Planfeststellungsverfahren. Beteiligt sind der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg. Für die Umsetzung fordert DIE LINKE eine schnelle und an den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner von Marzahn-Nord und Ahrensfelde orientierte Variante der Ortsumfahrung. Hierbei müssen Lärmschutz und die Verbundenheit der Ortsteile berücksichtigt werden. Es darf keine Zerschneidung von Marzahn-Nord und Ahrensfelde durch eine offene vierspurige Autotrasse geben.

NORBERT SEICHTER  
Verkehrspolitischer Sprecher

## Brücke am S-Bahnhof Marzahn wird endlich verlängert

Seit vielen Jahren kämpft die Bürgerinitiative in der Marzahn Promenade darum, dass die Fußgängerbrücke, die vom EASTGATE zum S-Bahnhof Marzahn verläuft, verlängert und damit auch ein barrierefreier Zugang zum Wiesenburger Weg und zum angrenzenden Parkfriedhof Marzahn gewährleistet wird. Die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hellersdorf unterstützt den Bau der Brücke und hat mit mehreren Anfragen auf die Umsetzung gedrängt. Unsere Bezirksstadträtin Dagmar Pohle und unsere Marzahn-Abgeordnete Dr. Manuela Schmidt setzen sich seit Jahren für dieses Projekt ein. Nach langem Hin und Her und der Ver-

dopplung der Baukosten konnte nun endlich eine Einigung zwischen Senat und Bahn gefunden werden. Die bauvorbereitenden Bauarbeiten an den technischen Anlagen haben bereits begonnen und werden laut Antwort auf unsere Anfrage etwa ein Jahr dauern. Die Bauarbeiten zur eigentlichen Brückenverlängerung für den behindertengerechten Übergang sollen im Frühjahr 2017 beginnen und bis zum Jahresende abgeschlossen sein. Die Finanzierung teilen sich Bund und Land. Auch nach Verlängerung bleibt die Brücke Eigentum der Deutschen Bahn AG, die auch deren Unterhalt finanzieren wird.

THOMAS BRAUNE



Innerhalb dieser beiden Korridore soll die Tangentiale Verbindung Ost gebaut werden. Grafik: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt

## Radverkehrsinfrastruktur stärken!

Zu einer nachhaltigen Stadtentwicklungspolitik zählt neben einem gut ausgebauten ÖPNV-Netz auch ein umfangreiches Radverkehrswege-System, um den Individualverkehr durch Kraftfahrzeuge langfristig zu reduzieren. Im Kontext des Klimawandels und einer erforderlichen Senkung der Emissionen im Verkehrssektor sowie der auch künftig zu sichernden Erlebbarkeit der Natur im Bezirk ist es unumgänglich, die Radverkehrsinfrastruktur auszubauen. In Marzahn-Hellersdorf gibt es diesbezüglich viel Nachholbedarf. Der Bezirk Marzahn-Hellersdorf mit seiner kontrastreichen Mischung aus Großsiedlung, Dörfern und zahlreichen Grünflächen und Parkanlagen muss radverkehrsfreundlicher werden, um auch Menschen von außerhalb auf zwei Rädern

in den Bezirk zu locken. In der Bezirksverordnetenversammlung hat sich die Linksfraktion mit einem Antrag dafür eingesetzt, dass die Brücken im Bereich Märkische Allee/Landsberger Allee in unmittelbarer Nachbarschaft zum S-Bahnhof Marzahn mit einer beidseitigen Radspur versehen werden können. Damit soll die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmenden verbessert werden. Außerdem haben wir uns mit einem in der BVV beschlossenen Antrag für sichere Fahrradstellplätze an S- und U-Bahnhöfen in Marzahn-Hellersdorf eingesetzt, um dem steigenden Fahrraddiebstahl zu begegnen. Die Linksfraktion wird sich weiter dafür einsetzen, das Wege-System für Radfahrende zu erweitern und wo es nötig ist, Ausbesserungen zu beantragen.

JANINE BEHRENS

# Das Herz hängt an der KISTE

Seit Dezember 1990 ist das Kino KISTE eine Institution für Filme abseits des Mainstreams, Konzerte und kulturelle Veranstaltungen. Mit dem Leiter Fred Schöner und Verena, die in der KISTE ihre Lehre zur Veranstaltungskauffrau absolviert, sprach unser kulturpolitischer Sprecher Olaf Michael Ostertag.

**Wie lange gibt es das Kino KISTE schon?**

**Schöner:** Das Kino seit Dezember 1990, aber der Verein, der die KISTE trägt, existiert schon seit Februar 1988, also vor der Wende. Die KISTE hat wie eine Katze mehrere Leben. Entstanden sind wir als Film- und Diskussionsklub, eröffnet haben wir als Jugendklub, dann entstand ein sogenannter Mittzwanzigerklub. Von 1992 bis 1994 war die KISTE ein sehr erfolgreiches Kino. Zu dieser Zeit beschloss der Senat, im kulturellen Bereich massiv Stellen abzubauen. Drei kommunal finanzierte Stellen wurden uns gestrichen. Seit 1993 betreiben wir als „Steinstatt e.V.“ die Kiste eigenverantwortlich. Dank dem damaligen Bezirksbürgermeister Dr. Uwe Klett (PDS) bekamen wir ab 1997 endlich für inhaltliche Arbeit Fördergeld. Damit begann die Blütezeit.

**Das dritte Leben?**

**Schöner:** Ja, das dritte Leben. Wir haben das Ökofilmfest aus Freiburg hergeholt, wir hatten Jugendliche, die den Bundesfilmpreis gewonnen haben, haben Open-Air-Kino gemacht. Wir sind sozusagen der Vorläufer vom Umweltfest und dem Balkonkino. Auch Konzerte mit 350 Leuten waren keine Seltenheit.

**In unmittelbarer Nähe gibt es ein Multiplex-Kino. Nehmt Ihr Euch gegenseitig Publikum weg?**

**Schöner:** Programmkino heißt: Andere Filme anders zeigen. Anfang der 90er hatten wir allerdings auch viel Kommerz dabei, und weil wir damit so erfolgreich waren, haben wir das „Cinestar“ sozusagen herbeigerufen. Das führte dann zu einem großen Verlust für uns.

**Und was läuft heute?**

**Schöner:** Wir suchen uns sehr sorgfältig Programmkinofilme aus und bei uns gibt es kein Popcorn und keine Pommes.

**Wer kommt in die Kiste?**

**Schöner:** Alle Generationen, es war schon immer gemischt. 50 Prozent unseres Publikums kommt zum Kinder-Kino.



Verena und Vivian vom Kino KISTE. Fred Schöner lässt sich durch die Skulptur vertreten.

Ansonsten ist die Hauptzielgruppe die ab 40-Jährigen. Da sind die Kinder aus dem Haus, die Eltern können endlich wieder ihr eigenes Ding machen.

**Gibt es auch Probleme?**

**Schöner:** Bei Konzerten dauert es bei uns manchmal bis morgens um zwei, aber die Anwohner akzeptieren das, weil sie wissen, dass ihre Jugendlichen bei uns gut aufgehoben sind. Sie sind daran gewöhnt, dass wir Angebote für Kinder ebenso wie für Senioren machen.

**Ist die KISTE aktuell gefährdet?**

**Schöner:** Wir leben von der Hand in den Mund. Dem Bezirksamt rechnen wir zwar

unsere kulturellen Angebote präzise ab, erhalten aber nur ein Bruchteil des Geldes, das der Senat dem Bezirk für unsere Leistungen zur Verfügung stellt. Darüber haben wir schon länger mit dem Bezirksamt diskutiert – ergebnislos. Die Antwort: Wir wären halt eine „Kür-“ und keine „Pflichteinrichtung“.

**Eine Frage noch an Verena: Wie arbeitet es sich hier?**

**Verena:** Ich arbeite sehr gerne hier. Wir versuchen alles Mögliche, um das hier weiter am Laufen zu halten. Viele Menschen sind froh, dass es die KISTE gibt. Egal wer kommt, es ist immer schön. Das Herz hängt an der KISTE.

## SPD und CDU blockieren weiterhin ein Freibad in Marzahn-Hellersdorf

Wir erinnern: Seit 1980 ist im Rahmen des Tiefbau- und Kiesbetriebes in Kaulsdorf ein Schwimmbad vorgesehen. 1999 hatte das Bezirksamt Hellersdorf die Einleitung eines Bebauungsplanes (XXIII-34) beschlossen, um eine öffentliche Badeanstalt und eine Wasserskianlage zu errichten. Grundlage für die bezirkliche Planung bildete ein Beschluss des Abgeordnetenhauses vom Mai 1992. Darin wird der Senat aufgefordert, schnellstmöglich Maßnahmen zur Rettung der Kaulsdorfer Seen einzuleiten und den nordöstlich gelegenen Elsengrund (Elsensee) als natürliches Freibad auszubauen. Damit sollte auch ein Beitrag zur Verbesserung des Landschafts- und Naturschutzes sowie der Grundwasserqualität im Bereich Kaulsdorfer Seen erreicht und die gegenwärtige Belastung der Kaulsdorfer Seen, wo während der Badesaison „illegal“ gebadet wird, gesenkt werden. Um die Jahrtausendwende kaufte eine Privatperson den Elsensee und will dort eine Wasserskianlage und ein Freibad errichten. Anfang Februar war sie zu Gast in unserer Fraktionssitzung und berichtete über den Stand des Vorhabens. Durch die Einleitung von Schmutzwasser durch das Land Berlin ist die Wasserqualität bisher nicht gewährleistet. Die Besitzerin will – mittlerweile mit einer Klage gegen das Land – erreichen, dass das Regenwasser

über den Rohrpfuhlgraben nicht mehr ungefiltert in ihren See fließt und sie endlich ein Freibad errichten kann. Im Gegensatz zum CDU-Bezirksstadtrat Gräff halten die Berliner Wasserbetriebe Baden und Wasserski für möglich. DIE LINKE im Bezirk hat – im Gegensatz zu den anderen Parteien – die Einrichtung eines Freibades am Elsensee immer unterstützt. Am 1. April 2014 hat das SPD-geführte Bezirksamt jedoch beschlossen, diese Idee nicht weiter zu verfolgen. Die Linksfraktion in der BVV Marzahn-Hel-

lersdorf protestierte. Für die Besitzerin des Elsensees geht das Verfahren jedoch weiter. Bisher hat sie noch keine offizielle Information erhalten, dass sie ihre Planungen für ein Freibad und Wasserski nicht weiter verfolgen kann. Die Fraktionen der anderen Parteien haben sich längst von einem Freibad in unserem Bezirk verabschiedet. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass auch Marzahn-Hellersdorf im Sommer einen Ort zum Baden hat. PETER LEMKE  
Bau- und Wohnungspolitischer Sprecher



Da es kein Freibad gibt, lassen sich die Bürger\*innen nicht davon abhalten, die Seen im Bezirk zum Baden zu nutzen.

## Sporthallen sind kein Zuhause!

Im September 2015 suchten ausgesprochen viele geflüchtete Menschen in Berlin eine Unterkunft und wurden notgedrungen in Sporthallen untergebracht. Von Anfang an war klar, dass dies nur eine kurzfristige Lösung sein konnte. Zum einen sind Sporthallen kein längerfristiger Ersatz für eine menschenwürdige Unterkunft. Bis zu 200 Menschen müssen dicht gedrängt in einer Halle schlafen und „leben“. Privatsphäre gibt es keine und gerade für Familien sind die Bedingungen katastrophal. Auf der anderen Seite leiden die Sportvereine unter den fehlenden Anlagen. Und gerade deren Angebote sind für eine gelingende Integration der Geflüchteten wichtig. Kinder und Jugendliche werden zumeist sehr herzlich in den bezirklichen Sportvereinen aufgenommen und bekommen für einige Stunden eine sinnvolle Alternative zum eher tristen Alltag in einer Notunterkunft. Unsere Fraktion sieht die Unterbringung von Menschen in Sporthallen als ausschließlich kurzfristig angelegte Lösung. Wir fordern vom Berliner Senat, schnellstmöglich adäquate Unterkünfte zur Verfügung zu stellen und die Hallen wieder für den Vereins- und Schulsport herzurichten. Sporthallen sind eben kein Zuhause!

BJOERN TIELEBEIN  
Fraktionsvorsitzender



# Runder Tisch Helle Mitte: CDU-Stadtrat bremst Bürgerbeteiligung aus

Ein Jahr dauerte es bis Wirtschafts- und Stadtentwicklungsstadtrat Gräff (CDU) den Beschluss der BVV, einen Runden Tisch zur Entwicklung der Hellen Mitte einzurichten, umsetzte. Kein Wunder – scheint die Helle Mitte doch nicht zu seinen Herzensanliegen zu gehören. Bereits seit 2013 sollte ein kontinuierlicher Prozess zur Entwicklung des Standorts eingeleitet werden.

Doch wer nun hoffte, vom Wirtschaftsamt Vorstellungen dazu zu hören, wurde enttäuscht. Der Stadtrat konnte keine Ideen vorweisen und präsentierte die Verlängerung des Mietvertrags des Rathauses als wichtigsten Erfolg. Zweifelsohne ist die Sicherung des Verwaltungsstandorts eine richtige und wichtige Entscheidung gewesen. Ob dies der Entwicklung der Hellen Mitte nützt, kann jedoch bezweifelt werden. Die Mieteinnahmen der Betreiber-gesellschaft werden infolge der mit dem Bezirksamt vereinbarten Mietminderung sinken. Damit ist der Hellen Mitte jedoch nicht geholfen. Weniger für die Miete auszugeben ist zwar lobenswert, zur Sicherung des Wirtschaftsstandorts wäre aber ein Entwicklungskonzept für die Helle Mitte wichtiger gewesen.

So ist es nicht verwunderlich, dass es beim ersten Treffen des Runden Tisches Kritik hagelte: Die Gewerbetreibenden bemängelten die schlechte Kommunikation des Bezirksamts. Die Ansiedlung des mittlerweile fünften Fitness-Centers und der Schwarzbau eines Parkplatzes wurden ebenfalls kritisiert. Beschlossen wurde lediglich, künftig mehr gemeinsam zu machen und besser zu kommunizieren. Für einen Imagegewinn wurden Ideen gesammelt.

In der Begründung unseres Antrags zur Einrichtung eines Runden Tisches formulierte die Linksfraktion die Befürchtung, dass die Entwicklung der Hellen Mitte – wie bei vielen anderen Themen auch – ohne die Beteiligung und Information der Bevölkerung stattfindet. Und genau dies soll nun so geschehen: Stadtrat Gräff möchte zu einem weiteren Treffen einladen. Diesmal jedoch in „kleiner Runde“ ohne Politik und Bürgerinitiative „Rettet die Helle Mitte“. Wir fordern Herrn Gräff auf, den Antrag umzusetzen und alle Beteiligten – Wirtschaft, soziale Vereine und Bürger\*innen – einzubeziehen.

Wenn schon keine wirtschaftliche Entwicklung stattfindet und auch vom zu-



Für das Marzahn-Hellersdorfer Rathaus in der Hellen Mitte wurde der Mietvertrag im vergangenen Jahr verlängert.

ständigen Stadtrat keine Ideen kommen, dann sollte versucht werden, die Helle Mitte zu einem sozialen Zentrum zu machen – mit Einrichtungen, die den Menschen nützen und von ihnen genutzt werden. Die Gestaltung des öffentlichen Raums wollen wir

zusammen mit der Bevölkerung planen. Mehr Nutzerinnen und Nutzer der Plätze in der Hellen Mitte ziehen dann vielleicht auch wieder mehr Gewerbetreibende an.

CHRISTIAN SCHWINGE  
Stadtentwicklungspolitischer Sprecher

## Neue Hoffnung für den Kastanienboulevard

Nachdem endlich die letzten Formalitäten für das Quartiersmanagement (QM) Boulevard Kastanienallee erledigt waren – das Gebiet konkret umrissen, die Entwicklungsziele benannt wurden –, ist seit 1. April die Brandenburgische Stadterneuerungsgesellschaft mbH Potsdam hier erster Ansprechpartner in der Stollberger Straße 33.

„Wie wollen Sie erreichen, dass das Quartier familiengerechter, vielfältiger und lebendiger wird?“, wollte ich von Frau Weber vom Quartiersmanagement wissen. „Wir sind erfahrene Stadtplaner\*innen und Quartiersmanager\*innen“, sagte sie. „Ja, wir bringen eigene Ideen mit, aber wichtiger ist es, diese mit dem, was den Menschen hier unter den Nägeln brennt, zu komplettieren“. Dazu wird derzeit die Aktionsfondsjury aus engagierten Bewohner\*innen und Vereinen des Kiezes gebildet. Diese entscheidet über die Förderung erster kleinerer Maßnahmen

2016 – laut Bezirksamt mit einem Finanzierungsrahmen in Höhe von 10.000 Euro. Bald wird es eine große Auftaktveranstaltung geben und bis zum Jahresende das entscheidende Gremium, der Quartiersrat, gewählt werden. Erst Ende 2016 steht fest, ob es bei den vom Bezirksamt genannten ca. 200.000 Euro bleiben wird. Bei der Fülle der Aufgaben ist das für die nächsten drei Jahre nicht viel Geld. Aber dennoch: Das hartnäckige Ringen der Linksfraktion, unser konsequentes Eintreten für konkrete Schritte zur Verbesserung der sozialen Lage der Menschen hier im Kiez waren erfolgreich. Doch auch ein Quartiersmanagement ist nur so gut und erfolgreich, wie seine Akteure vor Ort. Die Anwohnerinnen und Anwohner sind aufgerufen mitzumachen und ihr Zuhause am Boulevard Kastanienallee zu einem freundlicheren Ort mit einer starken, selbstbewussten Nachbarschaft zu entwickeln.

SABINE SCHWARZ

## Das Stadtklima geht uns alle an

Eine der größten Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte stellen der Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels dar. Neben der energetischen Sanierung vor allem der öffentlichen Gebäude gehören dazu der Umbau der Strom- und der Wärmeversorgung auf erneuerbare Energieträger – gewaltige, generationenübergreifende Aufgaben mit erforderlichen Milliardeninvestitionen allein für die Stadt Berlin. Doch wenn man die von der Weltklimakonferenz ausgehende Botschaft der Begrenzung der Erderwärmung nur ein wenig ernst nehmen will, muss man in neuen Dimensionen denken und handeln. Bisherige Planungen und auch gesetzliche Grundlagen – zum Beispiel im Bau- und Bauordnungsrecht und beim „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ (EEG) – müssen dabei auf den Prüfstand.

Ganz praktisch erleben wir bereits jetzt die Klimafolgen eines schon über mehrere Jahre andauernden Niederschlagsmankos. Wir erleben trockene Sommer einerseits sowie die Konzentration der Niederschläge auf wenige Starkregenereignisse mit heftigen Gewittern und orkanartigen Stürmen andererseits.

Um dem entgegenzuwirken, erfordert Klimapolitik in der Stadt, sogenannte Koh-

lenstoffsinken zu entwickeln: Der Erhalt, die Gestaltung bzw. die Wiederherstellung von Grünstrukturen und Wald, aber auch die Wiedervernässung ehemals überstauter Flächen bis hin zur Neubildung von Mooren wären dabei wichtige Aufgaben. In Marzahn-Hellersdorf könnte man zum Beispiel – eventuell mit der Unterstützung ansässiger Wohnungsunternehmen und anderer Sponsoren – damit beginnen, für wertvolle Bereiche der Hönower Weiherkette oder des Wuhletals in geeigneter Weise Regenwasser zu sammeln bzw. zu bündeln. Und auch zur IGA 2017 würde es sich lohnen, das Stadtklima zum Thema zu machen.

FRANK BEIERSDORF  
Umweltpolitischer Sprecher



Hier war mal der Froschweiher in der Hönower Weiherkette.



# Ahrensfelder Berge müssen weiterhin öffentlich zugänglich bleiben

Die Initiatorinnen des Projekts „Marzahn Hills“ möchten, finanziert durch Spendengelder, in Anlehnung an das berühmte Hollywood-Logo die Buchstaben M-A-R-Z-A-H-N auf den Ahrensfelder Bergen installieren. Die Linksfraktion unterstützt seit jeher Künstlerinnen und Künstler, die mit ihren Werken neue Perspektiven auf Marzahn-Hellersdorf eröffnen.

Doch es sind noch viele Fragen ungeklärt. Zwar erklärte der Bezirksbürgermeister gegenüber der Presse bereits seine Unterstützung für das Projekt, unsere Fragen zu geplanten baulichen Maßnahmen und der Zugänglichkeit der Ahrensfelder Berge für die Öffent-

lichkeit konnte er allerdings nicht beantworten.

Uns ist vor allem wichtig, dass es keine Einschränkungen bei der Zugänglichkeit der Ahrensfelder Berge gibt. Viele Menschen nutzen die noch vorhandenen Wanderwege um Sport zu treiben – gerade jetzt, wo der Kienberg eingezäunt ist. Das Bezirksamt ist daher in der Pflicht, die Ahrensfelder Berge als Erholungslandschaft für die Bürgerinnen und Bürger wiederherzustellen. Dazu hat die Linksfraktion bereits einen Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht.

KRISTIAN RONNEBURG



Die Ahrensfelder Berge nutzen viele Bewohner\*innen des Bezirks zur Erholung und zum Sport treiben.

## „Haus der Befreiung“ erhalten

Das denkmalgeschützte und im Stadtzentrum architektonisch einzigartige Haus Landsberger Allee 563 erinnert weithin sichtbar mit dem Wandbild „Ehrung für die sowjetischen Befreier“ an die Befreiung Berlins vom Nationalsozialismus. Das Gebäude wurde im Jahre 1985 als Denkmal eingeweiht und war bis zum März 2016 Sitz der Erziehungs- und Familienberatungsstelle Marzahn-Hellersdorf. Die Beratungsstelle musste das über 100 Jahre alte Haus aufgrund der schlechten Bausubstanz als Standort aufgeben. Die Linksfraktion hat sich in der BVV mehrfach für die Sanierung des Gebäudes eingesetzt. Leider lehnten dies SPD, CDU und Grüne konsequent ab. Im Februar 2016 konnte sich die Linksfraktion jedoch mit einem Antrag zum Erhalt der Gedenkstätte mit einer knappen Mehrheit in der BVV durchsetzen. Das Bezirksamt ist bei einem möglichen Verkauf des Gebäudes nun aufgefordert, die Sicherung des Gedenkortes vertraglich abzusichern. Zum Verkauf liegt aber noch kein Beschluss des Bezirksamtes vor.

KRISTIAN RONNEBURG



## TTIP, TiSA und CETA stoppen!

Auf Antrag der Linksfraktion beschloss vor gut einem Jahr die Bezirksverordnetenversammlung Marzahn-Hellersdorf die Resolution „Auch wir sind betroffen! Verhandlungen zu CETA, TTIP und TiSA aussetzen“. Dem Bezirksamt wurde empfohlen, sich im Sinne dieser Erklärung an den Senat zu wenden. Das Bezirksamt berichtete inzwischen der BVV über die Antwort aus der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung. Darin informiert die Senatorin über einen Beschluss der Wirtschaftsminister der Bundesländer zum Verhandlungsstand der Freihandelsabkommen. In dem Beschluss, so die Senatsverwaltung, werden

„wichtige Erwartungen formuliert, die auch von der BVV aufgegriffene Themen ansprechen. Insbesondere hat die Wirtschaftsministerkonferenz einstimmig beschlossen, dass Schutzniveaus z.B. für Verbraucher, Umwelt, Gesundheit und öffentliche Daseinsfürsorge nicht zur Disposition stehen dürfen.“

Wir können nicht überprüfen, was wirklich verhandelt wird. Das dürfen nur ausgewählte Personen in besonderen Lesesälen. Und was sie lesen durften, darüber dürfen sie nicht informieren! Demokratie und Transparenz sehen anders aus. Wir bleiben dran.

MARINA RICHTER-KASTSCHAJEWA



### Kontakt

DIE LINKE. Fraktion in der BVV  
Marzahn-Hellersdorf  
Helene-Weigel-Platz 8  
12681 Berlin

Tel.: 030 54431890  
Fax: 030 54431891

kontakt@linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de



[www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de](http://www.linksfraktion-marzahn-hellersdorf.de)

[www.facebook.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf](https://www.facebook.com/LinksfraktionMarzahnHellersdorf)  
[newsletter.dielinke-marzahn-hellersdorf.de](mailto:newsletter.dielinke-marzahn-hellersdorf.de)

## Dialoge suchen – Barrieren abbauen

Über die Bedürfnisse, die Menschen mit Behinderungen in unserer Gesellschaft haben, und die Barrieren, an denen Teilhabe und Mobilität scheitern, zu reden ist gut und richtig. Wichtiger ist jedoch der Dialog mit den Betroffenen und nicht das bloße Sprechen über sie. Die Linksfraktion setzt sich dafür ein, Menschen mit Behinderungen – seien sie einfach, komplex oder auf den ersten Blick nicht sichtbar – am sozialen und politischen Leben im Bezirk Marzahn-Hellersdorf teilhaben zu lassen. Wir unterstützen die Arbeit des Behindertenbeirates und begrüßen ausdrücklich, dass Anfang Mai 2016 das zweite „Behindertenparlament“ in der Alice-Salomon-Hochschule stattfand. Menschen mit Behinderungen erhielten erneut die Möglichkeit, Bezirksamt und Öffentlichkeit auf Probleme und Herausforderungen im alltäglichen Leben mit Handicap aufmerksam zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Format qualifiziert und jährlich fester Bestandteil der Beteiligung und der politischen Partizipation von Menschen mit Behinderungen wird.

JANINE BEHRENS

### Impressum

DIE LINKE. Fraktion in der BVV  
Marzahn-Hellersdorf

Helene-Weigel-Platz 8  
12681 Berlin

V.i.S.d.P.: Bjoern Tielebein

Satz und Druck: BVZ Berliner  
Zeitungsdruck GmbH

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge geben nicht unbedingt die  
Meinung der Redaktion wieder

Bilder: Eigene Darstellungen, wenn  
nicht anders gekennzeichnet